



ESRa

Energiewende
im Sozialen Raum



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Einstellungen zur Energiewende und Handlungsmöglichkeiten

Arbeitspaket 1 – Akzeptanz und räumliche Disparitäten

Germanwatch e.V. (GW)

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e.V. (IRS)

Autorinnen: Andrea Wiesholzer (GW), Eva Eichenauer (IRS), Janne Irmisch (IRS)

Die Zeichen stehen auf Beschleunigung! Kommt „die Gesellschaft“ da noch mit?

Um die Klimakrise einzudämmen und das im Paris-Abkommen festgelegte 1,5°C-Ziel einzuhalten, ist eine zügige und konsequente Umstellung der weltweiten Energiesysteme auf Erneuerbare Energien (EE) sowie das Erreichen von Klimaneutralität in allen Sektoren erforderlich. Dafür ist international eine massive Beschleunigung des Ausstiegs aus fossilen Energien – insbesondere aus Kohle und Öl bis 2040 – sowie eine Beschleunigung des EE-Ausbaus und der Elektrifizierung notwendig, sodass das Stromsystem 2040 klimaneutral ist und 50 % der Energienachfrage abdeckt.¹ Um außerdem global unterschiedlich verteilten Ressourcen und Kapazitäten gerecht zu werden, müssen reiche Industrieländer wie Deutschland Klimaneutralität und die dazugehörigen Meilensteine entsprechend früher erreichen. Dies ist ein Gebot der globalen Klimagerechtigkeit.

In seiner Eröffnungsbilanz hat Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck darauf hingewiesen, dass für das Erreichen der nationalen Klimaschutzziele „bis 2030 fast eine Verdreifachung der bisherigen Geschwindigkeit der Emissionsminderung“² notwendig ist. So wurden bereits im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung viele wichtige neue Zielsetzungen kommuniziert. Bis 2030 soll ein Anteil von 80 % EE am Stromverbrauch erreicht werden. Darüber hinaus sollen 2 % der Landesfläche für Windenergie ausgewiesen werden. Auch die Möglichkeit eines vorgezogenen Kohleausstiegs wird in Betracht gezogen, ebenso wie die Einleitung eines Erdgasausstiegs. Die Dringlichkeit für die Umsetzung der Energiewende nimmt angesichts des Krieges in der Ukraine und der aktuell hohen Abhängigkeit von russischen Energieimporten unterdessen weiter zu.

Die Energiewende ist dabei nicht nur eingebettet in internationale Klimaschutzpolitiken, nationale Interessen und geopolitische Konfliktlagen. Ihre Umsetzung vollzieht sich „im Kleinen“. Es sind ländliche Gemeinden, in denen Windkraft- und Solaranlagen für Konflikte sorgen; es sind Städte, in denen die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung soziale Fragen aufwirft; es ist schließlich jede:r Einzelne, der:die in eine Gebäudesanierung investiert oder vom Auto aufs Fahrrad umsteigt.

Das **Forschungsprojekt Energiewende im sozialen Raum (ESRa)** hat sich mit der Umsetzung der Energiewende in zwei sehr unterschiedlichen Räumen befasst: in der Metropolregion Berlin und in dem vom Strukturwandel geprägten, dünn besiedelten Landkreis Spree-Neiße. Untersucht wurden nicht nur Fragen der technischen Umsetzung, Wirtschaftlichkeit und Wahrnehmung der Energiewende, sondern auch, wie ein ambitionierter Ausbau und Ausstieg gelingen kann, ohne bestehende Energiewende-Konflikte zu verschärfen, Verteilungskämpfe auszulösen und gesellschaftliche Gruppen sozial abzuhängen. Der Fokus lag dabei auf den räumlichen Spezifika, die unterschiedliche Herausforderungen und Chancen der Energiewende hervorbringen. Das Projekt war geleitet von der Annahme, dass es sich schlussendlich auf lokaler Ebene entscheidet, ob die Energiewende gelingt und die nationalen Klimaschutzziele

erreicht werden. Dieses Kurzpapier fasst die bisherigen Forschungsergebnisse zusammen und gibt darüber hinaus einen Überblick über die nötigen Weichenstellungen und Maßnahmen, für den Weg zu einer gesellschaftlich getragenen Energiewende.

Zentrale gesellschaftliche Faktoren für die Umsetzung der Energiewende

Die Umsetzung der Energiewende ist in den letzten Jahren stark ins Stocken geraten. Ein Grund dafür sind zunehmende Konflikte auf lokaler Ebene, sei es beim Ausbau der Erneuerbaren Energien oder bei Maßnahmen zur Reduktion des Autoverkehrs. Die mit der Energiewende verknüpften Konflikte und Aushandlungsprozesse gestalten sich regional unterschiedlich, denn die Energiewende birgt je nach Region verschiedene Chancen und Herausforderungen. Die Akzeptanzforschung und -förderung bedarf daher eines geschärften Blicks für die lokale Ebene. Ebenso erfordert die Frage der Gerechtigkeit höhere Aufmerksamkeit, denn ohne eine gerechte Umsetzung wird die Energiewende kein gesellschaftlicher Erfolg. Mehr noch, gesellschaftliche Polarisierung und soziale Ungleichheiten könnten verstärkt werden. Gesellschaftliche Akzeptanz und Gerechtigkeit sowie eine regionalspezifische Betrachtung sind für eine nachhaltige Umsetzung der Energiewende zentral und werden kurz erläutert.

a) Akzeptanz

Der Begriff der Akzeptanz bedarf einer kritischen Einordnung. Statt zu versuchen, vermeintlich „falsche“ Einstellungen umzupolen und Akzeptanz zu generieren, muss es darum gehen, Einstellungen und Argumente zu verstehen und Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Maßnahmen der Energiewende nachvollziehbar und idealerweise sogar unterstützenswert machen. Schließlich gehört zu einer nachhaltigen Energiewende auch, dass sie gesellschaftlich getragen und demokratisch umgesetzt wird. In einem demokratisch verfassten Staat darf es nicht allein darum gehen, reine Akzeptanz für bereits beschlossene Sachverhalte zu generieren, sondern Bürger:innen Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Im Projekt wurden **vier Faktoren identifiziert** (s. Box 1), **die helfen, die Einstellungen zur Energiewende zu verstehen**. Zugleich bieten sie ein **Schema, mit dem Handlungsempfehlungen erarbeitet werden können**, damit die Energiewende ein nachhaltiges und gesellschaftlich getragenes Projekt werden kann.³

Vier Faktoren gesellschaftlicher Akzeptanz

1. Die **Allgemeine Einstellung** zur Energiewende in Deutschland ist sehr positiv und das Verständnis für die Notwendigkeit insgesamt hoch. Es bestehen jedoch deutliche regionale Unterschiede, welche stark abhängig von den lokal umgesetzten Maßnahmen oder Technologien sind.
2. **Externe Auswirkungen** wie Veränderungen des Landschaftsbilds, Schallemissionen oder wirtschaftliche Entwicklungen können Bedenken bezüglich der eigenen Gesundheit oder Sorgen um Arbeitsplätze und hohe Energiekosten auslösen.
3. **Lokale Wertschöpfung und finanzielle Teilhabe von Kommunen und Anwohnenden** können sich positiv auf die Haltung zu lokalen Projekten auswirken. Umgekehrt kann das Gefühl unfairer Kosten-Nutzen-Verteilungen die Einstellungen vor Ort negativ beeinflussen.
4. **Einbezug der betroffenen Bevölkerung und Kommunen** in Planungs- und Entscheidungsprozesse kann z.B. die Eingabe von Ideen, Bedenken, Präferenzen, Erfahrungs- und Fachwissen oder das Erarbeiten und Mitgestalten von Plänen und Vorgaben bedeuten.

Box 1: Vier Faktoren gesellschaftlicher Akzeptanz. Quelle: Eichenauer et al. (2021).

b) Regionale Besonderheiten

Bundesweit ist die Unterstützung für die Energiewende hoch – das gilt insbesondere für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Zustimmung in der Bevölkerung liegt seit Jahren bei rund 90 %.⁴ Im Rahmen des Forschungsprojekts ESRa konnten jedoch deutliche regionale Unterschiede aufgezeigt werden.⁵ Während in Berlin z.B. das Thema der Verkehrswende hitzig diskutiert und gleichzeitig überwiegend positiv gerahmt wird, steht im Lausitzer Landkreis Spree-Neiße der durch den Kohleausstieg ausgelöste Strukturwandel im Fokus, mit dem sowohl Chancen als auch Risiken verknüpft werden.⁶ Dabei kommen auch die unterschiedlichen sozialräumlichen Charakteristika zum Tragen. Je nachdem, wie sich eine Region demografisch zusammensetzt, wie sie wirtschaftet, wie sie räumlich strukturiert ist, wie engagiert, zugänglich und erreichbar sie ist, treten regionalspezifische Chancen und Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende auf. Sichtbar werden diese in unterschiedlichen Einstellungsmustern. Beispielhaft dafür stehen zivilgesellschaftliche Initiativen für das Ausrufen des Klimanotstands einerseits und Widerstände gegen Freiflächen-Solarprojekte andererseits. Darüber hinaus kann in manchen Regionen der Wunsch nach schnellerer Umsetzung der Energiewende durch effizientere administrative Strukturen im Fokus stehen, während anderswo der Wunsch nach stärkerer Beteiligung dominiert.⁷ **Die regionalen Unterschiede müssen anerkannt und adressiert werden, damit die Energiewende gesellschaftlich getragen wird und ihre regionalspezifischen Chancen gesteigert werden können.**

c) **Gerechtigkeit**

Neben der Beachtung der vier Akzeptanzfaktoren und dem Einbeziehen regionaler Spezifika ist auch die gerechte Ausgestaltung der Transformation ein Schlüsselement für eine gesellschaftlich tragfähige Energiewende. **Nur unter Beachtung des Leitprinzips der Gerechtigkeit lässt sich breiter gesellschaftlicher Rückhalt für die Energiewende generieren.**⁸ Um den abstrakten Begriff besser zu erfassen, haben sich die drei Dimensionen der **Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit** als hilfreich erwiesen (s. Abbildung 1).⁹ Wenn Lasten und Nutzen oder Gewinne und Kosten gerecht verteilt sind (z.B. zwischen Anwohner:innen und Betreiber:innen von EE-Anlagen, zwischen Mieter:innen und Wohnungseigentümer:innen oder auch zwischen Bewohner:innen ländlicher und städtischer Regionen), spricht man von Verteilungsgerechtigkeit. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass politische Entscheidungsfindungsprozesse und raumplanerische Verfahren nicht nur transparent, sondern auch partizipativ unter Einbezug der Gesellschaft vollzogen werden (Verfahrensgerechtigkeit). Und nicht zuletzt muss es bei der Umsetzung der Energiewende immer auch darum gehen, zu hinterfragen, welche Interessen und Akteur:innen gesehen und in Entscheidungen und Verteilungsfragen berücksichtigt werden und welche Bedürfnisse im Hintergrund bleiben (Anerkennungsgerechtigkeit). Welche Fragen und Herausforderungen bei einer gerechten Energiewende konkret auftreten, haben wir im Projekt am Beispiel der Klimatransformation Berlins diskutiert.¹⁰



Abbildung 1: Dimensionen der Gerechtigkeit nach Schlosberg (2007). Quelle: Eigene Darstellung.

Der Weg zur gesellschaftlich getragenen Energiewende im Mehrebenensystem

Wie eine gesellschaftlich getragene Energiewende umgesetzt werden kann, wurde im Rahmen der Akzeptanzforschung bereits vielfach beleuchtet.¹¹ Die folgenden Empfehlungen schließen direkt daran an. Sie bestätigen einerseits vorangegangene Forschungsarbeiten und verdeutlichen den politischen Handlungsdruck sowie Möglichkeitsraum. Die hier kondensierten Empfehlungen folgen dabei der Logik der Akzeptanzfaktoren und rücken den Fokus auf die Verantwortlichkeiten im politischen Mehrebenensystem sowie auf die Relevanz regionaler Besonderheiten.

a) *Allgemeine Einstellungen*

Eine **klare bundespolitische Richtungsanweisung** und Energiepolitik aus einem Guss unterstützen dabei, eine **überzeugende gemeinsame Vision** zu erzeugen. Diese ist nötig, um die allgemeine Zustimmung zur Energiewende zu fördern.¹² Die energiepolitischen Ziele müssen transparent, sektorübergreifend und konsistent sein. Dazu gehört auch, die gesellschaftlichen Herausforderungen und Zielkonflikte, welche mit der Transformation einhergehen, ehrlich zu adressieren und konstruktive Lösungen anzubieten.¹³ Vollständige Kohärenz und Transparenz zu gewährleisten, ist in dynamischen Transformationsprozessen jedoch kaum möglich. Um die Gesellschaft auf dem Weg nicht zu verlieren, sind **Kommunikationsformate und Diskussionsplattformen, wie z.B. Klimabürger:innenräte erforderlich, die die Öffentlichkeit einerseits informieren** und die Komplexität und Kontingenz der Energiewende darlegen, **andererseits Raum für politischen Diskurs und Debatten eröffnen**.¹⁴

Während auf Bundesebene Wert- und Zieldebatten geführt und Richtungsentscheidungen getroffen werden müssen (z.B. klares Bekenntnis zum Ausbau von Windkraftanlagen), muss die Landespolitik diese Richtung weiterführen und der kommunalen Ebene sowohl Vorgaben als auch Hilfestellung bei der Umsetzung an die Hand geben. **Gleichzeitig benötigt die lokale Ebene Spielräume**, in denen regionale Spezifika berücksichtigt und Umsetzungsfragen geklärt werden können. Hier nehmen einerseits die Vorhabenträger und Kommunen eine zentrale Rolle ein¹⁵, indem sie lokal angepasste Energiewendekonzepte¹⁶ erarbeiten. Darüber hinaus lohnt es sich, andere lokale und überzeugte Schlüsselakteur:innen, insbesondere engagierte Privatpersonen und lokale Unternehmer:innen, als Multiplikator:innen für die lokale Energiewende zu aktivieren.¹⁷

b) *Externe Auswirkungen*

Energiewendemaßnahmen sind mit vielfältigen Auswirkungen auf Flächennutzung, regionale Wirtschaft und Arbeitsplätze, Natur, individuelle Lebensstile und den privaten Geldbeutel verbunden – sowohl in negativer als auch in positiver Weise. Negative externe Auswirkungen können nicht verhindert, aber **durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen sowie durch baulich-technische Lösungen flankiert** und minimiert werden.¹⁸ Zur Identifikation der passenden Maßnahmen ist die Klima-

und Energiepolitik auf die Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen und Akteuren, z.B. Sozialverbänden, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Industrieverbänden oder der Zivilgesellschaft, angewiesen.

Auch hier gilt es, für jede Region relevante Auswirkungen zu identifizieren und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen. Auf lokaler Ebene sind jedoch nicht nur vermeintlich negative Auswirkungen, wie die Veränderung von Landschaften spürbar. Hier können Bürger:innen wie Gemeinden gleichermaßen auch positive Effekte der Energiewende spüren, z.B. über bessere Verkehrsinfrastruktur. **Diese positiven Aspekte müssen hervorgehoben werden.** Es muss deutlich werden, dass auch das Teil der Energiewende ist, z.B. durch Energiewendetouren, Tage der offenen Tür oder andere kreative Formate. Auf bundespolitischer Ebene muss **im Blick bleiben, dass nicht einzelne Regionen oder soziale Gruppen überproportional belastet werden**, sondern dass Belastungen und Nutzen möglichst gerecht verteilt sind und Überbelastungen notfalls auch kompensiert werden. Einerseits können so Verteilungsmechanismen in Politikinstrumenten wie Förderprogrammen mitgedacht werden. Andererseits lassen sich durch allgemeingültige ordnungspolitische Vorgaben – wie ein 2 %-Flächenziel, die Definition von Klimaschutz als Pflichtaufgabe oder eine allgemeine Dachsolarpflicht – gleichwertige Ausgangsbedingungen für alle schaffen.

c) Lokale Wertschöpfung und finanzielle Teilhabe

Dass lokale Wertschöpfung und finanzielle Teilhabe zentrale Bausteine auf dem Weg zu einer gesellschaftlich getragenen Energiewende sind, bestätigen viele Akzeptanzstudien.¹⁹ Es bestehen vielfältige Möglichkeiten, individuelle und kommunale Wertschöpfung sowie Teilhabe zu schaffen. Zum einen kann dies gesetzlich vorgeschrieben werden, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz aus Mecklenburg-Vorpommern (BüGemBeteilG M-V) oder das Brandenburger Windenergieanlagenabgabegesetz (BbgWindAbgG) zeigen. Zum anderen können gemeinschaftliche Strukturen und Modelle der Vor-Ort-Versorgung, wie Prosuming, Mieter:innenstrom, Bürger:innenenergie oder kommunale und genossenschaftliche Projekte gefördert werden.²⁰ Wichtig ist dabei, **nicht auf der Ebene der Ausgleichszahlungen stehen zu bleiben, sondern die Vielfalt der Möglichkeiten, die sich durch integrierte regionale und lokale Energiewendekonzepte ergeben, auszunutzen.**²¹ Insbesondere **im Bereich der direkten finanziellen Teilhabe** gilt es, **weitere bürokratische Hürden abzubauen**, z.B. durch eine Reform des Mieterstromgesetzes oder die Befreiung von Bürger:innenenergieprojekten von der Ausschreibungspflicht.²²

Auch hier müssen Verteilungseffekte im Blick bleiben.²³ Nicht alle Personengruppen und Kommunen sind gleichermaßen in der Lage, in Energiewendeprojekte zu investieren. Hier sollten **insbesondere Kommunen noch stärker dazu befähigt werden, sich direkt zu beteiligen**,²⁴ damit sie über die Ausgleichszahlungen und Gewerbesteuer hinaus profitieren können. Die erzielten Erlöse können dann durch Reinvestition in lokale Infrastruktur die Lebensqualität für die Menschen vor Ort erhöhen,

z.B. durch mehr Grün- und Kollektivflächen oder soziale und kulturelle Infrastrukturen. So können auch Bürger:innen von lokalen Energiewendeeinnahmen profitieren, die selbst keine Investitionen tätigen können oder wollen.

d) Einbezug der betroffenen Bevölkerung und Kommunen

Klare bundespolitische und rechtliche Vorgaben legen den Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie den Korridor für die Dekarbonisierung der Sektoren fest. Innerhalb dieses Rahmens benötigen Kommunen und Anwohnende jedoch Handlungsspielräume, um lokal passende Lösungen zu gestalten. Durch Bürger:innenräte, regionale Energiegenossenschaften oder umfangreiche Beratungsangebote können Kommunen und Bürger:innen die Energiewende vor Ort mitgestalten und ein Gefühl der Selbstwirksamkeit erfahren. Um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, ist es elementar, dass die **Beteiligung der Bürger:innen bereits möglichst früh im Prozess** erfolgt, z.B. bei der Ausweisung von Flächen für Energiewendeeinfrastruktur.²⁵ Darüber hinaus muss die Handlungsfähigkeit von Kommunen gestärkt werden, damit sie ihre zentrale Einbindungsfunktion gut ausüben können. Kommunen benötigen hier insbesondere fachliche Kompetenz und Ansprechpartner:innen auf regionaler Ebene, die Kommunen dabei unterstützen, ihre Interessen im Planungsprozess kompetent vertreten zu können.²⁶ Die Vereinfachung von Verfahren und Anforderungen (z.B. durch bundesweit gültige Mindeststandards, Leitlinien, Siegel),²⁷ eine proaktivere Einbindung der Kommunen²⁸ sowie Reinvestition in Vertrauensaufbau und Transparenz (z.B. durch Stärkung von Intermediären und regionalen Servicestellen)²⁹ sind hier ebenfalls wichtige Stellschrauben. Gute Beteiligungsbedingungen zu schaffen, ist auch einer der zentralen Hebel, um Verfahrensgerechtigkeit zu erhöhen.

Energiewende – Wie weiter?

Um der komplexen Aufgabe der gesellschaftlich getragenen Energiewende gerecht zu werden, bedarf es eines bunten Straußes an Maßnahmen, die einerseits möglichst konkrete Handlungsanweisungen vorgeben und andererseits genügend Spielraum für regional angepasste Lösungen bieten. Da sich die Umsetzung der Energiewende zumeist auf Ebene der Kommunen und Landkreise vollzieht, müssen für sie optimale Rahmenbedingungen und Unterstützungsangebote geschaffen werden, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Nur wenn regionale Besonderheiten berücksichtigt und lokal passende Lösungen gemeinsam erarbeitet sowie transparent kommuniziert werden, kann die Energiewende vor Ort Unterstützung finden und Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit gestärkt werden. Eine besondere Verantwortung trägt hierbei die neue Bundesregierung, die laut Koalitionsvertrag³⁰ „neues Tempo in die Energiewende“ bringen möchte. Dabei hilft es nicht, sich nur auf schnelle Lösungen wie Planungsbeschleunigung zu konzentrieren. Es müssen heute auch Maßnahmen ergriffen werden, welche die Weichen für die Mittel- und Langfristperspektive richtig stellen.

Haftungsausschluss

Die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieses Berichts liegt bei den Autoren. Er gibt nicht unbedingt die Meinung der fördergebenden Institution wieder.

Copyright-Meldung

Dieser Bericht steht unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International License (CC BY 4.0); eine Kopie ist hier verfügbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Es steht Ihnen frei, das Material zu teilen (das Material in jedem Medium oder Format zu kopieren und weiterzuverbreiten) und zu adaptieren (das Material für jeden Zweck, auch kommerziell, zu Remixen, umzuwandeln und darauf aufzubauen) unter den folgenden Bedingungen: (i) Namensnennung (Sie müssen eine angemessene Namensnennung vornehmen, einen Link zur Lizenz bereitstellen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden; Sie können dies in jeder angemessenen Weise tun, jedoch nicht in einer Weise, die den Eindruck erweckt, dass der Lizenzgeber Sie oder Ihre Verwendung besonders unterstützt); (ii) keine zusätzlichen Einschränkungen (Sie dürfen keine zusätzlichen Klauseln oder technische Verfahren einsetzen, die anderen rechtlich irgendetwas untersagt, was die Lizenz erlaubt).

Titelbild: ESRa/Germanwatch, Shutterstock

Forschungsteam

	Die Partner	Abkürzung	Land	Logo
1	Global Climate Forum e.V.	GCF	DE	
2	Fraunhofer IEE	FH IEE	DE	
3	Germanwatch e.V.	GW	DE	
4	Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität	IKEM	DE	
5	Leibniz-Institut für Raum- bezogene Sozialforschung	IRS	DE	

Quellenangaben

- ¹ Bouckaert, S. et al. (2021): Net Zero by 2050. A Roadmap for the Global Energy Sector. In: www.iea.org.
- ² Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022): Eröffnungsbilanz Klimaschutz.
- ³ z.B. Hübner, G.; Pohl, J.; Warode, J.; Gotchey, B.; Ohlhorst, D.; Krug, M.; Salecki, S.; Peters, W. (2020): Akzeptanzfördernde Faktoren erneuerbarer Energien. BfN Skripten 551. Bonn: BfN; Renn, O.; Köck, W.; Schweizer, P.; Bovet, J.; Benighaus, C.; Scheel, O.; Schröter, R. (2013): Die Öffentlichkeit an der Energiewende beteiligen. Grundsätze und Leitlinien für Planungsvorhaben. In: GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society 22 (4), 279–280.
- ⁴ z.B. die regelmäßigen Umfragen der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) unter <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-umfrage> (03.03.2022); Eichenauer, E.; Wiesholzer, A.; Damerau, U. (2021): Einstellungen zur Energiewende. In: www.esra-projekt.de.
- ⁵ Wiesholzer, A.; Koller, J.; Ulrich, P.; Irmisch, J.; Eichenauer, E. (2021) Regionale Disparitäten und Einstellungen zur Energiewende. Berlin und Spree-Neiße im Vergleich. In: www.esra-projekt.de.
- ⁶ ebd.
- ⁷ ebd.
- ⁸ ebd.; Wüstenhagen, R.; Wolsink, M.; Bürer, M.J. (2007): Social acceptance of renewable energy innovation: An introduction to the concept. In: Energy Policy 35 (5), 2683–2691.
- ⁹ Schlosberg, David (2007): Defining Environmental Justice: Theories, Movements, and Nature. Oxford: Oxford University Press.
- ¹⁰ Wiesholzer, A. (2022): Berlin klimaneutral und gerecht. Geht das? Ein Austausch Berliner Akteur:innen zu drei Dimensionen von Gerechtigkeit.
- ¹¹ z.B. Local Energy Consulting (2020): Akzeptanz und lokale Teilhabe in der Energiewende. Handlungsempfehlungen für eine umfassende Akzeptanzpolitik. Impuls im Auftrag von Agora Energiewende.; Colell, A.; Knodt, M.; Stoll, P.; Kemmerzell, J.; Reitz, S.; Goshen; L.; Ohlhorst, D. (2022): Ariadne-Hintergrund. Konflikte und Akteure – Gesellschaftliche Herausforderungen bei der Umsetzung der Stromwende; Sachverständigenrat für Umweltfragen (2022): Klimaschutz braucht Rückenwind: Für einen konsequenten Ausbau der Windenergie an Land.
- ¹² Local Energy Consulting, 2020 & Colell et al., 2022
- ¹³ Local Energy Consulting, 2020
- ¹⁴ Local Energy Consulting, 2020; Colell et al., 2022 & Sachverständigenrat für Umweltfragen, 2022
- ¹⁵ Local Energy Consulting, 2020
- ¹⁶ Colell et al., 2022
- ¹⁷ Local Energy Consulting, 2020 & Colell et al., 2022
- ¹⁸ Zu den möglichen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen zählen der „Windkrafteuro“, erhöhte Transferleistungen, die Abschaffung der EEG-Umlage, die Reform der Netzentgeltsystematik, Strukturwandelgelder sowie die Klimaprämie als Kompensation für den steigenden CO₂-Preis. Zu den baulich-technischen Lösungen gehören z.B. die verstärkte Nutzung von EE-Altstandorten mittels Repowering sowie von vorbelasteten Flächen (s. Sachverständigenrat für Umweltfragen, 2022 & Local Energy Consulting, 2020), gesetzlich definierte Mindestabstände von Windanlagen in Relation zur Anlagenhöhe statt pauschalen Abstandsregelungen (s. ebd.), sowie ansprechende Designlösungen bei Windanlagen.
- ¹⁹ Local Energy Consulting, 2020; Colell et al., 2022; Sachverständigenrat für Umweltfragen, 2022
- ²⁰ Local Energy Consulting, 2020
- ²¹ Colell et al., 2022
- ²² Local Energy Consulting, 2020 & Sachverständigenrat für Umweltfragen, 2022
- ²³ Local Energy Consulting, 2020
- ²⁴ Sachverständigenrat für Umweltfragen, 2022
- ²⁵ Sachverständigenrat für Umweltfragen, 2022; Stemmer, B. (2022) Öffentlichkeitsbeteiligung beim Ausbau der Windenergie an Land. Gutachten im Auftrag von Germanwatch.
- ²⁶ Local Energy Consulting, 2020 & Sachverständigenrat für Umweltfragen, 2022
- ²⁷ Sachverständigenrat für Umweltfragen, 2022
- ²⁸ Local Energy Consulting, 2020

²⁹ Local Energy Consulting, 2020

³⁰ SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

ESRa Produkt			
Vollständiger Titel	Verbundvorhaben: ESRa – Energiewende im Sozialen Raum		
Förderprogramm	Angewandte nichtnukleare Forschungsförderung im 7. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung ‚Innovation für die Energiewende‘		
Förderbereich	Energiewende und Gesellschaft		
Fördergeber	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz		
Start Datum	August 2020	Zeitraum	20 Monate
Projekt-URL	https://esra-projekt.de/		
Projekt-Koordinator	Global Climate Forum e.V. (GCF)		
Produktnummer	P1.3		
Produktname	Einstellungen zur Energiewende und Handlungsmöglichkeiten		
Arbeitspaket	AP 1 – Akzeptanz und räumliche Disparitäten		
Datum der Abgabe	28.03.2022		
Verantwortliche Autorinnen	Andrea Wiesholzer Eva Eichenauer Janne Irmisch	E-Mail	wiesholzer@german-watch.org eva.eichenauer@leibniz-irs.de janne.irmisch@leibniz-irs.de
Stichwörter	Energiewende, Akzeptanz, Klimaneutralität, Gerechtigkeit, Gesellschaft		